

Zukunft der Alterssicherung

Koalition streitet erneut über Rentenreform

SPD-Generalsekretär sieht „keinen Handlungsbedarf“ / Grüne für umfassende Novelle

Von Andreas Hoffmann

BERLIN. Zwischen SPD und Grünen ist ein neuer Streit über die Rentenpolitik ausgebrochen. Anlass ist eine Äußerung des SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz, der in einem Interview die Notwendigkeit von Reformen bezweifelt hat. „Vor dem Jahr 2010 gibt es keinen Handlungsbedarf“, sagte er. Dem widersprach die grüne Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt und verlangte ernste Reformen. Auch Grünen-Chefin Claudia Roth forderte grundsätzliche Veränderungen in den Sozialsystemen. Unterdessen forderten Wissenschaftler der Rürup-Kommission zur Finanzierung der Sozialsysteme eine längere Lebensarbeitszeit und weniger Anreize zur Frührente.

...

Auch die CDU forderte zügige Reformen der Alterssicherung. Der Partei- Vizechef Christoph Bohr schlug vor, Anreize für Kindererziehung zu schaffen. So sollten Eltern geringere Rentenbeiträge zahlen. Bohr verlangte, den Beitrag für Vater und Mutter pro Kind um 0,5 Prozentpunkte zu senken. Schon bevor die Regierungskommission unter Leitung des Rentenexperten Bert Rürup Mitte Dezember zusammenkommt, haben einzelne Mitglieder für große Änderungen plädiert. So sagte der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, dass die Bürger von 2010 an erst mit 67 oder 68 Jahren in Rente gehen könnten. Er forderte, Anreize zur Frühverrentung ganz abzubauen. Ähnlich äußerte sich das Kommissionsmitglied Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim: „Die Lebensarbeitszeit muss steigen.“ Der SPD-Fraktionschef Franz Müntefering lehnte dagegen eine längere Lebensarbeitszeit ab. Wichtiger sei, dass sich das tatsächliche Rentenalter dem gesetzlichen Alter von 65 Jahren annähere. Mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit bezeichnete der SPD-Arbeitsmarktexperte Ottmar Schreiner die Ideen der Rürup-Kommission als „Unsinn“.

Den vollständigen Artikel finden Sie im Internet unter www.sueddeutsche.de